5 A 2391/05.A
1 K 1063/05.A Düsseldorf

EINGEGANGEN
05. Okt. 2005
Rechtsanwältin Heiber

Beschluss

In dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren

die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium des Innern, dieses vertreten durch den Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Außenstelle Dortmund, Huckarder Straße 91, 44147 Dortmund, Az.: 5120494-132,

Beklagte,

wegen Asylrechts (Kosovo);
hier: Antrag auf Zulassung der Berufung

hat der 5. Senat des

OBERVERWALTUNGSGERICHTS FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

am 30. September 2005

durch

den Richter am Oberverwaltungsgericht B e i m e s c h e,
die Richterin am Oberverwaltungsgericht H e r k e l m a n n - M r o w k a,
den Richter am Oberverwaltungsgericht D r. H e u s c h

beschlossen:

Der Antrag der Beklagten auf Zulassung der Berufung gegen das auf Grund der mündlichen Verhand-

lung vom 1. Juni 2005 ergangene Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf wird zurückgewiesen.

Die Beklagte trägt die Kosten des Antragsverfahrens, für das Gerichtskosten nicht erhoben werden.

Der Beschluss soll den Beteiligten vorab per Telefax bekannt gegeben werden.

G r ü n d e :

Der Antrag der Beklagten auf Zulassung der Berufung hat keinen Erfolg.

Die Berufung ist nicht wegen der allein erhobenen Divergenzrüge (§ 78 Abs. 3 Nr. 2 AsylVfG) zuzulassen. Eine die Berufung eröffnende Divergenz ist dann hinreichend bezeichnet, wenn der Zulassungsantrag einen inhaltlich bestimmten, die angefochtene Entscheidung tragenden abstrakten Rechts- oder verallgemeinerungsfähigen Tatsachensatz benennt, mit dem die Vorinstanz einem in der übergeordneten Rechtsprechung aufgestellten ebensolchen entscheidungstragenden Rechts- oder Tatsachensatz widersprochen hat.

Zwar hat die Beklagte mit der Zulassungsschrift eine solche Divergenz aufgezeigt. Die Einzelrichterin ist von den in der Antragsschrift bezeichneten Entscheidungen des beschließenden Gerichts vom 16. Dezember 2004 - 13 A 4512/03.A und 13 A 1140/04.A - sowie vom 30. Mai 2005 - 13 A 4539/04.A - hinsichtlich der Wartezeiten auf einen Therapieplatz abgewichen. Während erste Termine nach den benannten Entscheidungen des beschließenden Gerichts schon nach ca. einer Woche zu erhalten sind, ist in dem angefochtenen Urteil ein Zeitraum von vier bis sechs Wochen angegeben, ohne dass Umstände des Einzelfalles genannt werden, die den späteren Beginn der Therapie erklären würden.

Der Zulassungsantrag hat gleichwohl keinen Erfolg. Die Einzelrichterin hat - selbständig tragend - zur Begründung des speziellen Einzelfalles darauf abgestellt, dass die Klägerin auf eine Gesprächstherapie in deutscher Sprache angewiesen sei, die im Kosovo nicht angeboten werde. Zu dieser Erwägung des Verwaltungsgerichts hat die Beklagte erst nach Ablauf der Frist für die Begründung des Zulassungsantrags

Stellung genommen. Im Übrigen ist nicht zu erkennen, von welchen obergerichtlichen Entscheidungen das Verwaltungsgericht insoweit abgewichen sein soll sowie welchen abstrakten Rechts- oder verallgemeinerungsfähigen Tatsachensatz es aufgestellt haben soll.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 154 Abs. 2 VwGO, § 83b AsylVfG.

Dieser Beschluss ist nach § 80 AsylVfG unanfechtbar.

Beimesche

Herkelmann-Mrowka

Dr. Heusch